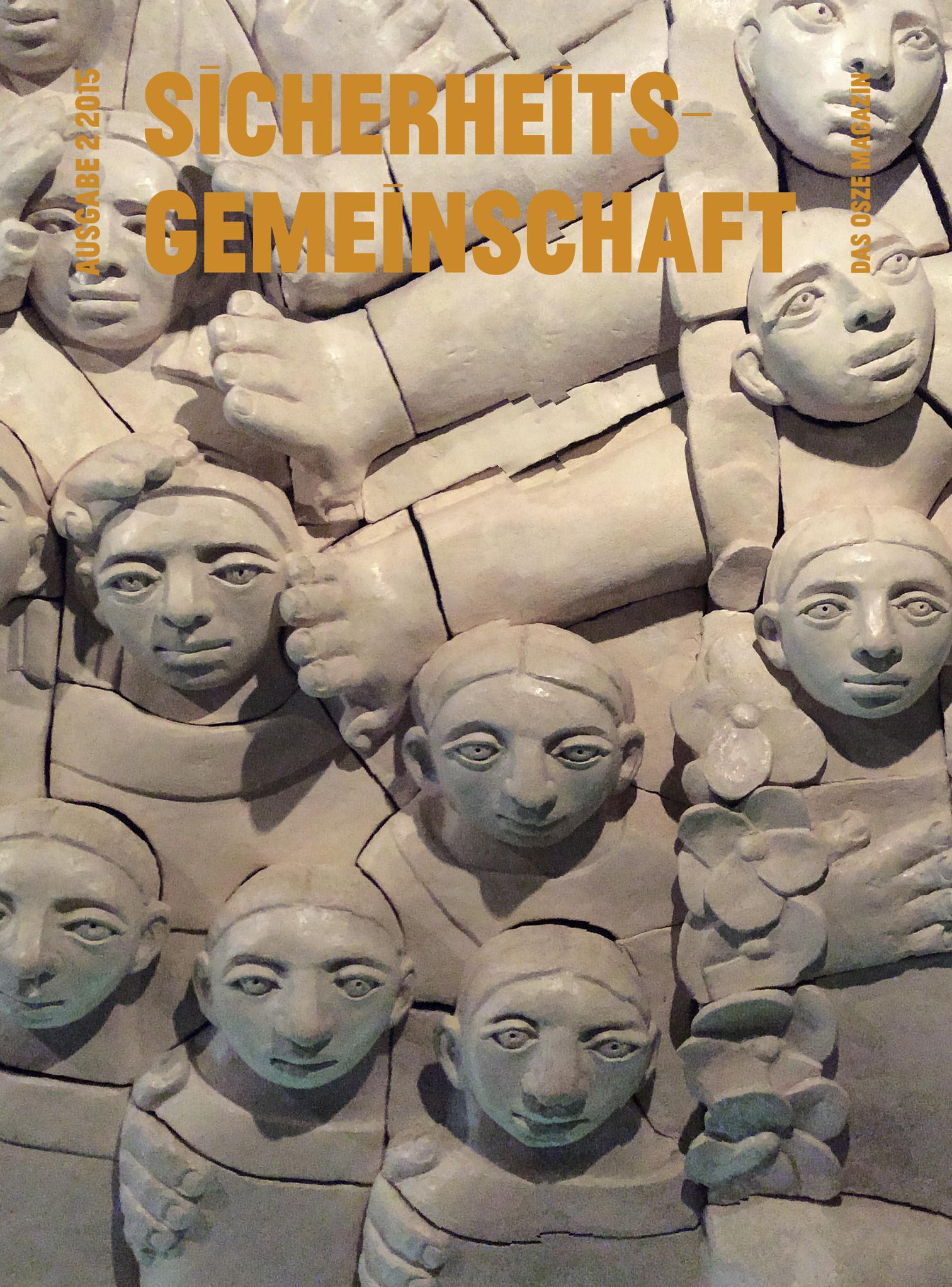


AUSGABE 2 2015

SICHERHEITS- GEMEINSCHAFT

DAS OSZE MAGAZIN



Übersicht »



1 Helsinki Kurt Tudyka unternimmt einen Streifzug durch die Geschichte der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE von ihren Anfängen in der Schlussakte von Helsinki 1975 bis zum heutigen Tag. p.6

2 Amsterdam Der Referent für bürgernahe Polizeiarbeit, Rob Out, hat europaweite innovative Methoden zur Verhütung von Terrorismus zurück in die Niederlande gebracht und sie zu einem behördenübergreifenden Ansatz ausgebaut. p.18

3 Köln: L'ONG tedesca 180° Wende aiuta i giovani emarginati a cambiar vita prima che possano diventare vittime della radicalizzazione che porta al terrorismo. p.22

4 Ukraine – Moldau: Schutz des Dnister, der sich von den ukrainischen Karpaten nach Moldau und wieder zurück in die Ukraine windet, vor dem Druck durch die wirtschaftliche Entwicklung und den Klimawandel. p.12

5 Kosovo Von der Reaktion zur Prävention – Die kosovarische Regierung hat eine mithilfe der OSZE-Mission im Kosovo ausgearbeitete neue Strategie zur Verhütung von gewalttätigem Extremismus verabschiedet. p.26

6 Bosnien und Herzegowina: Neunzehn „Koalitionen gegen Hass“ bekämpfen Intoleranz durch ihr Bekenntnis zu Inklusivität, um sicherzustellen, dass das Land nicht zum fruchtbaren Nährboden für den Terrorismus wird. p.24

7 Tadschikistan: Mit seinem Projekt „Eltern gegen Terrorismus“ macht das OSZE-Büro in Tadschikistan die Bevölkerung auf die Gefahren der Verführung zu gewalttätigem Extremismus, der zu Terrorismus führt, aufmerksam. p.28



Inhalt »

Ausgabe 2, 2015



4 #OSCE

6 Helsinki +40
Zweiter Korb – wohin führt
der Weg?

10 Sicherheitsgemeinschaft
Der Klimawandel rückt in
den Mittelpunkt

12 Im Brennpunkt
Problembewältigung im
Dnister-Becken

16 Sonderthema
Radikalisierung als
Wegbereiterin des
Terrorismus: Was tun?

30 Auslese



Sicherheitsgemeinschaft

Herausgegeben vom OSZE Sekretariat
Abteilung Kommunikation und Medienbeziehungen
Wallnerstraße 6
1010 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 51436 6267
oscemagazine@osce.org

Verfügbar als Druckausgabe in Englisch und Russisch,
online in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch,
Italienisch, Russisch und Spanisch unter
www.osce.org/magazine

Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben die
Meinung der Verfasser und nicht notwendigerweise den
offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmersta-
ten wieder.

Redaktion:

Ursula Froese

Redaktionelle Mitarbeit:

Miroslava Beham, Ursula Froese, Alexey Lyzhenkov,
Marcel Pesko, Sandra Sacchetti, Desiree Schweitzer

Gestaltung und Illustration:

AVD

Druck:

Das Magazin „Sicherheitsgemeinschaft“ setzt sich für die
Entwicklung einer Gemeinschaft von Menschen ein, die
sich der Förderung von Vertrauen und Stabilität im
gesamten OSZE Raum verschrieben haben. Schriftliche
Beiträge zu einzelnen Aspekten der politisch-militärischen,
ökonomischen und ökologischen sowie der menschlichen
Sicherheit sind willkommen (redaktionelle Bearbeitung
vorbehalten).

Welche Beiträge veröffentlicht werden, liegt im Ermessen
der OSZE. Für veröffentlichte Beiträge wird kein Honorar
bezahlt. Schreiben Sie bitte an: oscemagazine@osce.org.
Die OSZE dankt allen Autoren und Künstlern für ihre
Beiträge.

Titelbild

Detail aus „The Story of
Life“ von Lorraine Malach,
nach dem Tod der
Künstlerin fertiggestellt
von Janet Grabner. ©
Lorraine Malach 2003
Geschaffen für das Royal
Tyrrell Museum für
Paläontologie in
Drumheller, Alberta
(Kanada).

In dem Wandrelief aus Ton
erzählt die Künstlerin
anhand der Darstellung
mensenähnlicher
Wesen die Geschichte von
der Evolution des Lebens,
wobei sie die Interpreta-
tion den Besuchern
überlässt.



Wasser

Der serbische Vorsitz 2015 hatte als Thema für das diesjährige OSZE-Wirtschafts- und Umweltforum „Wasser-Governance im OSZE-Raum – mehr Sicherheit und Stabilität durch Zusammenarbeit“ gewählt. Den Höhepunkt bildeten die Debatten in Prag vom 14. bis 16. September 2015.

Der Amtierende Vorsitzende Ivica Dačić unterstrich die dringende Notwendigkeit, dass sich die OSZE in der heutigen, von wirtschaftlicher Not und sozialen Konflikten geprägten Welt intensiver mit Wasserfragen im Besonderen und Wirtschafts- und Umweltfragen im Allgemeinen auseinandersetzt. „Man denke nur an die Krise in der und um die Ukraine und die ihr zugrunde liegenden wirtschaftlichen Faktoren sowie an die aktuellen Migrationsprobleme unmittelbar vor unserer Haustür in der OSZE-Region, und das Potenzial der Wirtschafts- und Umweltdimension wird mehr als deutlich,“ meinte er.

Siehe dazu auch den Artikel von Kurt Tudyka zur Geschichte des „Korbes Wirtschaft und Umwelt“ der OSZE auf Seite 6.

Die OSZE und die UNSCR 1540

Das OSZE-Forum für Sicherheitskooperation beschloss am 22. Juli, die Unterstützung der OSZE für die Förderung der Umsetzung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR 1540) über die Verhütung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verstärken. Das Konfliktverhütungszentrum wird den Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen Hilfestellung bei innerstaatlichen Umsetzungsmaßnahmen leisten und das OSZE-Kontaktstellennetz für die UNSCR 1540 als Bestandteil des Netzes des 1540 Ausschusses der Vereinten Nationen unterhalten und weiterentwickeln. Diese Unterstützung für die weltweiten Bemühungen des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 ist eine der Maßnahmen der OSZE zur Stärkung ihrer Rolle als regionale Organisation im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen.

Der Wortlaut des Beschlusses findet sich unter: [osce.org/fsc/17547](https://www.osce.org/fsc/17547)

Nationaler Dialog in der Ukraine

„Konstruktiver Dialog heißt, dass die verschiedenen Akteure einander zuhören und auf so manche außerordentlich ernüchternde Erkenntnisse gefasst sein müssen. Diese Art der Konfrontation mit der Realität ist für alle Beteiligten schwierig, aber letzten Endes kann nur auf diese Weise der Streit beendet und der Weg zur Zusammenarbeit geebnet werden,“ sagte Vaidotas Verba, der OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine, am 24. September in Sjewjerodonezk in seinen Schlussworten auf einem zweitägigen Forum, das sein Büro im Rahmen seines Schlüsselprojekts zur Erleichterung des nationalen Reformdialogs in der Ukraine veranstaltet hatte. Vertreter örtlicher Gemeinschaften aus der Oblast Luhansk und Entscheidungsträger aus Kiew – insgesamt über 120 Teilnehmer – besprachen schwierige Probleme: Reform des Finanzausgleichs, Energiesicherheit, landwirtschaftliche Fragen, humanitäre Fragen einschließlich Fragen betreffend die Binnenvertriebenen, das Bildungs- und das Gesundheitswesen sowie die Beziehungen zwischen Militär und Strafverfolgung und den örtlichen Gemeinschaften.

Vor dem Forum hatten ähnliche Veranstaltungen im Juli in Krasnoarmijsk und im Mai in Kramatorsk stattgefunden. Das Projekt „Nationaler Dialog“ wird von den Regierungen Dänemarks, Deutschlands, Italiens, Japans, Litauens, Norwegens, Österreichs und der Schweiz finanziert.

Security Days

„Klimawandel und Sicherheit – beispiellose Auswirkungen, unvorhersehbare Risiken“ lautete das Thema eines Security Day am 28. Oktober in Wien. „Ob die größten oder die kleinsten Nationen der Welt – angesichts dieser speziellen Herausforderung von weltweiter Dimension kann es keinen einzelnen Sieger geben, entweder alle oder keiner,“ meinte der Podiumssprecher Dr. Wendell Chris King. Siehe dazu auch „Der Klimawandel rückt in den Mittelpunkt“ auf Seite x.

Ein Security Day am 13. November in Wien befasste sich mit dem Thema „Streben nach Frieden und Sicherheit – was Gender dabei bewirken kann“.

Die von Generalsekretär Lamberto Zannier 2012 eingeführten Security Days der OSZE beleuchten ausgewählte Sicherheitsfragen aus den verschiedensten Blickwinkeln entsprechend dem umfassenden Sicherheitskonzept der OSZE.

Jugend und Radikalisierung

Es war eine Konferenz mit der Jugend und für die Jugend. Die Hälfte der 155 Teilnehmer an der Konferenz Arbeit mit Jugendlichen für Jugendliche zum Schutz vor Radikalisierung am 3. und 4. September in Belgrad waren junge Leute: WissenschaftlerInnen mit dem Forschungsschwerpunkt gewalttätiger Extremismus, an der Basis tätige NGO-MitarbeiterInnen, die sich um gefährdete Jugendliche kümmern, Jugendorganisationen, vor allem aus dem Westbalkan, sowie OSZE-JugendbotschafterInnen. Sie tauschten sich über die Frage aus, wie sie ihre Altersgenossen gegen die Anziehungskraft von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus wappnen können, indem sie sie in die Ausarbeitung von Lösungen einbinden. Veranstalter der Konferenz waren der serbische Vorsitz und die Sonderbeauftragten für Jugend und Sicherheit, Milena Stošić und Anna-Katharina Deininger.

Den Bericht samt Empfehlungen finden Sie hier: www.osce.org



Der Generalsekretär der OSZE und der serbische OSZE-Vorsitz haben die Kampagne Die OSZE – vereint gegen gewalttätigen Extremismus (#UnitedCVE) ins Leben gerufen, um darauf aufmerksam zu machen, dass wir alle uns der Herausforderung stellen müssen, der zerstörerischen Anziehungskraft des gewalttätigen Extremismus durch die Förderung von Toleranz, gegenseitiger Achtung, Pluralismus, Inklusion und Zusammenhalt entgegenzuwirken.

Siehe auch das Sonderthema „Radikalisierung als Wegbereiterin des Terrorismus: Was tun?“ auf Seite 16.

Zweiter Korb – wohin führt der Weg ?

Die Entwicklung der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE

von Kurt P. Tudyka

Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE geht auf den sogenannten zweiten „Korb“ der Schlussakte von Helsinki 1975 „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ zurück. Aus heutiger Sicht mag es überraschen, wie groß dieser Korb und wie umfangreich sein Inhalt war.

Darin finden sich Bestimmungen betreffend die Förderung des gegenseitigen Waren- und Dienstleistungsverkehrs, den Abbau von der Entwicklung des Handels entgegenstehenden Hindernissen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Vertretern ausländischer Organisationen, Unternehmen, Gesellschaften und Banken, die Förderung der industriellen Kooperation zwischen nationalen Unternehmen und

Gesellschaften, die Entwicklung von Straßennetzen und Zusammenarbeit im Hinblick auf ein zusammenhängendes Wasserstraßennetz in Europa, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Normung, des Austauschs und der Verbreitung von wissenschaftlichen und technischen Informationen, der Bekämpfung der Luft- und Wasserverschmutzung und des Schutzes der Meeresumwelt.

Es gab natürlich einen ganz bestimmten, historischen Grund für diese Vielzahl an Wünschen, Versprechen und Vereinbarungen: die notwendige und schwierige Aufgabe, die Beziehung zwischen zwei grundlegend verschiedenen Wirtschaftssystemen, den Ländern mit einer Marktwirtschaft auf der einen und den Staatshandelsländern auf der anderen Seite, zu

intensivieren. Schon in der Präambel brachten die Teilnehmerstaaten ihren Willen zum Ausdruck, die Zusammenarbeit untereinander zu verstärken, ungeachtet der Verschiedenheit ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systeme. Das wurde jedoch – auch in der Präambel – durch den Hinweis auf ein Prinzip der Gegenseitigkeit relativiert, „die eine ausgewogene Aufteilung der Vorteile und Verpflichtungen vergleichbarer Tragweite ermöglicht“. Im Zuge der Zusammenarbeit sollte der Versuch unternommen werden, einseitige Marktvorteile und ungleichgewichte wettzumachen.

In diesem Zusammenhang erwies es sich als schwierig, die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel in der Schlussakte von Helsinki unterzubringen, wie sich das manche Staaten, die nicht am Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen [GATT, der heutigen Welthandelsorganisation (WTO)] teilnahmen, wünschten. Trotzdem konnte man sich auf folgenden Wortlaut einigen: „Die Teilnehmerstaaten [...] erkennen die vorteilhaften Wirkungen an, die sich aus der Anwendung der Meistbegünstigung für die Entwicklung des Handels ergeben können“.

Erwähnenswert ist, dass schon damals für viele Länder Westeuropas die ausgehandelten Elemente des „Zweiten Korbes“ in die ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (der heutigen Europäischen Union) fielen. Daher wurde die Europäische Kommission, die ja formal gesehen kein Teilnehmer der Konferenz war, weitgehend in die Konsultationen eingebunden. Der italienische Ministerpräsident Aldo Moro unterzeichnete die Schlussakte von Helsinki nicht nur im Namen der Republik Italien, sondern auch als amtierender Vorsitzender des Rats der Europäischen Gemeinschaften.

„Korb zwei“ hatte dann auch einen herausragenden Platz in den abschließenden Dokumenten der Folgetreffen von Madrid und Wien in den Achtzigerjahren des 20. Jahrhunderts. Die Teilnehmerstaaten erklärten ihre Bereitschaft, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stärken, wofür dann auch eine eigene Konferenz im Frühjahr 1990 in Bonn einberufen wurde. Doch mit dem plötzlichen Zerfall des östlichen Wirtschaftssystems änderte sich die Agenda. Mit dem Fall der Grenzen zwischen den Systemen – nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht – hatte sich auch die für

Bonn ursprünglich vorgesehene Aufgabe zum Zeitpunkt des Treffens bereits erübrigt.

Transformation

Die politischen Umbrüche der Jahre 1989/90 verstärkten und veränderten die Bedeutung wirtschaftlicher und sozialer Faktoren für die Sicherheitspolitik. Neue Herausforderungen traten zutage, unter ihnen die Transformation der Planwirtschaften in funktionierende und umweltverträgliche Marktwirtschaften. Das stand denn auch im Zentrum der Aufmerksamkeit der Bonner Konferenz, die der Auftakt zu einer – wenn auch nur kurzlebigen – Aufwertung der „Wirtschafts- und Umweltdimension“, wie der „Zweite Korb“ ab den 1990er Jahren genannt wurde, war. Im abschließenden Dokument unterstrichen die Teilnehmerstaaten den Zusammenhang zwischen politischem Pluralismus und Marktwirtschaft und einigten sich auf eine Reihe von Prinzipien für den Reformprozess: freie Wahlen, ein demokratisches Mehrparteiensystem, Rechtsstaatlichkeit, Schutz von Privateigentum, Umweltverträglichkeit von Wirtschaftswachstum und -entwicklung, das Recht auf Gründung unabhängiger Gewerkschaften sowie die Ausweitung des freien Handels- und Kapitalverkehrs.

1992 wurde dem Ausschuss Hoher Beamter (dem späteren Hohen Rat) die Funktion eines Wirtschaftsforums zugewiesen, dessen Aufgabe es sein sollte, einen Dialog über den Übergang zu freien Marktwirtschaften und deren Entwicklung sowie über wirtschaftliche Zusammenarbeit anzukurbeln und Aktivitäten zu fördern, die bereits in internationalen Fachorganisationen im Gange waren. Als Beispiel dafür sei das fünfte Treffen des Wirtschaftsforums im Jahr 1997 zum Thema „Marktwirtschaft und Rechtsstaat“ angeführt. Die Teilnehmer erörterten die Bedeutung verlässlicher Rechtsnormen für die Wirtschaft und unterstrichen, dass ein Tolerieren von Verstößen gegen gesetzliche Vorschriften, wie Bestechung, Geldwäsche oder Korruption, den Rückhalt der Demokratie und Marktwirtschaft in der Öffentlichkeit unterminiert. Man war sich immer darin einig, dass die OSZE Überschneidungen mit der Arbeit anderer Organisationen und Institutionen vermeiden sollte und ihre Aufgabe in der wirtschaftlichen Dimension die Förderung des Zusammenwirkens zwischen privatem und öffentlichem Sektor sei.

Unterschiedliche Vorstellungen

Die allgemeine Aussage, dass Sicherheit auch wirtschaftliche Komponenten umfasst, ist unbestritten. Daher wurde auch die wirtschaftliche Dimension des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE niemals offen und direkt in Frage gestellt. Bei verschiedenen OSZE-Treffen wurde immer wieder die Empfehlung laut, die OSZE solle der wirtschaftlichen Zusammenarbeit politischen Nachdruck verleihen, was auch in zahlreiche Dokumente Eingang fand. Doch wurden die wirtschaftlichen Elemente der Sicherheit als Bestandteile einer umfassenden Sicherheitsarchitektur niemals so weit entwickelt, dass der OSZE daraus eine operative Funktion erwachsen wäre.

Die Regierungen der OSZE-Teilnehmerstaaten haben unterschiedliche Vorstellungen vom Umfang der Wirtschafts- und Umweltdimension der Sicherheit, ja sogar von ihrer Bedeutung und ihrem Zweck im Rahmen der OSZE. Die Vertreter mancher Länder legen den Schwerpunkt auf die Rechts- und Vertragssicherheit, den Schutz wirtschaftlichen Eigentums und stabile, verlässliche und berechenbare Parameter der Wirtschaftspolitik; andere denken dabei an Frühwarnsysteme. Und wieder andere wollen der OSZE die Förderung umweltverträglicher Produktionsbedingungen und den Kampf gegen Wirtschaftsspionage und internationale Wirtschaftskriminalität als Aufgaben zuweisen.

Bemerkenswert daran ist, wie wenig auf die wirtschaftliche und ökologische Sicherheit der Menschen als Bürger, Arbeitnehmer und Konsumenten Bezug genommen wird. Im ersten Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Kriegs lag das Hauptaugenmerk auf Instabilitäten, Krisen, Bedrohungen und Risiken für die Wirtschaft, d. h. für Volkswirtschaften, Unternehmen, die Produktion oder den Markt. Sicherheit – oder vielmehr Anpassungsfähigkeit – der Wirtschaft, der Wirtschaftspolitik und der unternehmerischen Tätigkeit waren das Ziel. Maßnahmen für wirtschaftliche Sicherheit sollten das Vertrauen der Unternehmer gewinnen. In diesem Zusammenhang fanden Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Wanderarbeitnehmern oder gegen soziale Ausgrenzung Erwähnung, und zwar bereits in einem Kapitel, das in der Schlussakte von Helsinki

„Wirtschaftliche und soziale Aspekte der Wanderarbeit“ hieß; sie wurden in den abschließenden Dokumenten der Folgetreffen von Madrid und Wien (1983 beziehungsweise 1989) bekräftigt.

Welche Rolle kommt ihr heute zu?

Heute ist es in der zweiten Dimension nicht mehr das Hauptanliegen der OSZE, die Wirtschaft zu schützen. Ebenso wenig ist es ihr Ziel, vor der Wirtschaft zu schützen. Es sind vielmehr die von wirtschaftlichen Aktivitäten ausgehenden Gefahren und Risiken, die in zunehmendem Maß die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Dazu gehören Produktion, Vertrieb und Ausfuhr gefährlicher Stoffe, der Transport gefährlicher Abfälle, Korruption, Handel mit und Transport von Reaktorbrennstoffen, Drogen und Waffen, Menschenhandel und Geldwäsche. Auch die ökologischen und sozialen Aspekte wirtschaftlicher Sicherheit sind stärker in den Vordergrund gerückt.

Die Wirtschafts- und Umweltdimension der Sicherheit erstreckt sich heute auch auf die wirtschaftlichen Faktoren und Umstände, die an Brennpunkten und in Krisengebieten eine Rolle spielen oder spielen könnten, wie Energieversorgung, Wasserressourcen, natürliche Ressourcen und die Schädigung der Umwelt. Die Befassung mit diesen Fragen gehört zum Mandat mehrerer OSZE-Feldmissionen. Der im OSZE-Sekretariat angesiedelte Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten hat zu diesen Themenkreisen Seminare organisiert. Insbesondere das bereits erwähnte Wirtschaftsforum, das seit 2007 Wirtschafts- und Umweltforum heißt, hat sich ausführlich mit diesen Problemen befasst, wie aus der nachfolgenden Übersicht hervorgeht. Angesichts der Vielzahl internationaler – und zum Teil finanzkräftiger – Fachorganisationen und Institutionen oder „Clubs“ jedoch, die in diesen Bereichen aktiv sind, bleibt nach wie vor unklar, welche Rolle die OSZE in der Wirtschafts- und Umweltdimension wirklich spielen soll.

Kurt P. Tudyka ist Emeritus der Universität Nijmegen (Niederlande) und Honorarprofessor an der Universität Osnabrück (Deutschland); er war Chefredakteur des OSZE-Jahrbuchs (Hamburg).

Das zweite Kapitel der Schlussakte von Helsinki lautet „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ und besteht aus einer Präambel und einem sechsteiligen Beschlussteil:

-Handel

-industrielle Kooperation und Projekte gemeinsamen Interesses

-Bestimmungen, die Handel und industrielle Kooperation betreffen

-Wissenschaft und Technik

-Umwelt

-Zusammenarbeit auf anderen Gebieten (Entwicklung des Verkehrswesens, Förderung des Tourismus, wirtschaftliche und soziale Aspekte der Wanderarbeit, Ausbildung von Fachkräften)

Themen des Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE

1993 Übergangsprozess zur demokratischen Marktwirtschaft

1994 Übergangsprozess zur demokratischen Marktwirtschaft

1995 Regionale, subregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Belegung von Handel, Investitionen und Infrastrukturentwicklung

1996 Wirtschaftliche Aspekte der Sicherheit und die Rolle der OSZE

1997 Marktwirtschaft und Rechtsstaat

1998 Sicherheitsaspekte der Entwicklungen auf dem Energiesektor im OSZE-Gebiet

1999 Sicherheitsaspekte im Umweltbereich

2000 Wirtschaftliche Aspekte der Normalisierung der Lage nach Konflikten – Herausforderungen der Veränderung

2001 Transparenz und gutes Regieren in Wirtschaftsangelegenheiten

2002 Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE zugunsten nachhaltiger Wassernutzung und des Schutzes der Wasserqualität

2003 Menschenhandel, Drogenhandel, Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen – Wirtschaftliche Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene

2004 Neue Herausforderungen beim Aufbau institutioneller und menschlicher Kapazitäten für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit

2005 Demographische Trends, Migration und Integration der Angehörigen nationaler Minderheiten – Gewährleistung von Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung im OSZE-Raum

2006 Verkehrswesen im OSZE-Raum – sichere Verkehrsnetze und Verkehrsentwicklung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Stabilität auf regionaler Ebene

2007 Maßgebliche Herausforderungen bei der Gewährleistung der Umweltsicherheit und der nachhaltigen Entwicklung im OSZE-Raum – Bodenverschlechterung, Bodenkontamination und Wasserbewirtschaftung

2008 Zusammenarbeit im Bereich der See- und Binnenschifffahrt im OSZE-Raum – Erhöhung der Sicherheit und Schutz der Umwelt

2009 Migrationssteuerung und ihre Verknüpfung mit der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik im Interesse von Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum

2010 Förderung von Good Governance an Grenzübertreitstellen, Verbesserung der Sicherheit von Transporten auf dem Landweg und Erleichterung des grenzüberschreitenden Straßen- und Eisenbahnverkehrs in der OSZE-Region

2011 Förderung gemeinsamer Aktionen und der Zusammenarbeit im OSZE Raum bei der Entwicklung nachhaltiger Energie- und Verkehrssysteme

2012 Förderung von Sicherheit und Stabilität durch Good Governance

2013 Vergrößerung von Stabilität und Sicherheit Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks der energiebezogenen Aktivitäten in der OSZE-Region

2014 Reaktion auf umweltpolitische Herausforderungen im Hinblick auf die Förderung der Zusammenarbeit und Sicherheit im OSZE-Raum

2015 Wasser-Governance im OSZE-Raum – mehr Sicherheit und Stabilität durch Zusammenarbeit

2016 Festigung von Stabilität und Sicherheit durch Zusammenarbeit und Good Governance

Der Klimawandel rückt in den Mittelpunkt

Bezugnahmen auf den Klimawandel in Grundsatzdokumenten der OSZE

Madri der Erklärung zu Umwelt und Sicherheit
(Madrid, 2007)

Ministerratsbeschluss über die Reduzierung des
ökologischen Fußabdrucks der
energiebezogenen Aktivitäten in der OSZE-
Region (Kiew, 2013)

Ministerratsbeschluss über den Schutz der
Energienetze vor Natur- und vom Menschen
verursachten Katastrophen (Kiew, 2013)

Ministerratsbeschluss über die Verbesserung
der Katastrophenvorsorge (Basel, 2014)

OSZE-Aktivitäten zum Klimawandel

„Sicherheitspolitische Auswirkungen des
Klimawandels in der OSZE-Region“, Konferenz
des Vorsitzes, Bukarest, 5. und 6. Oktober 2009

„Sicherheitspolitische Auswirkungen des
Klimawandels in der OSZE-Region“, Projekt in
Partnerschaft mit der Europäischen
Umweltagentur und adelphi, 2010 – 2013

„Klimawandel und Sicherheit in Osteuropa,
Zentralasien und dem Südkaukasus“, ENVSEC-
Projekt unter Leitung der OSZE, finanziert
durch das Stabilitätsinstrument der
Europäischen Union und die Austrian
Development Agency, läuft seit 2013. Im
Rahmen dieses Projekts begeben sich
Ländervertreter und internationale Experten
auf die Suche nach den sicherheitspolitischen
Auswirkungen des Klimawandels in allen drei
Regionen. Im Anschluss daran soll
Bewusstseinsarbeit in Bezug auf die
notwendigen Adaptierungsmaßnahmen
geleistet werden.

Im Gespräch mit Jeffrey Sachs

Galt der Klimawandel früher als „Gefahrenmultiplikator“, so ist er jetzt ein „Gefahrenkatalysator“¹, sagte Suzanne Goldenberg, Journalistin beim Guardian, anlässlich des Security Day zum Thema „Klimawandel und Sicherheit – beispiellose Auswirkungen, unvorhersehbare Risiken“, den Generalsekretär Lamberto Zannier am 28. Oktober 2015 in Wien veranstaltete.

Niemand leugnet mehr, dass sich der Klimawandel auf die Sicherheit auswirkt. Die Frage, auf die die Diskussteilnehmer bei dieser OSZE-Veranstaltung zu antworten versuchten, lautete: Was kann eine Organisation wie die OSZE tun?

„Meiner Meinung nach hat die OSZE hier eine ganz spezielle Rolle zu spielen“, sagte Jeffrey D. Sachs, Sonderberater des UN Generalsekretärs Ban Ki moon für die Millenniums-Entwicklungsziele und Direktor des Earth Institute der Columbia University, der sich via Internet mit Generalsekretär Zannier unterhielt.

Hier sind Auszüge aus dem Gespräch:

Lamberto Zannier: Das Sicherheitsverständnis, das wir hier im OSZE-Raum haben, beruht auf „Soft Security“ und Vertrauensbildung. Kann dieser Ansatz beispielsweise zur Überwindung des Nationalismus in Energiefragen beitragen?

Jeffrey Sachs: Ich glaube, das ist sehr wichtig. Wenn auf der einen Seite kurzfristigere vertrauensbildende Maßnahmen stehen und auf der anderen Seite ein OSZE-weites Bekenntnis zu kohlenstoffarmer Energiesicherheit, dann wäre das sehr zu begrüßen, denn, wenn es eine OSZE-weite Planung gibt, dann wird die gegenseitige Abhängigkeit der einzelnen Regionen sichtbar.

Wir haben ständig – im täglichen Leben und in allen Sicherheitsfragen, die uns beschäftigen, – die Wahl zwischen Konfrontation und Kooperation. Und natürlich beruht die OSZE auf der Vorstellung, dass Zusammenarbeit jener Ansatz ist, der alles zu einem positiven Endergebnis bringt, darin liegt, glaube ich, eine Grundwahrheit. Wenn wir an der ukrainischen Grenze oder im Südchinesischen Meer wieder in einer Art Kaltem Krieg enden, werden wir diese Probleme der nachhaltigen Entwicklung niemals lösen.

Am stärksten spürbar sind die Auswirkungen des Klimawandels auf lokaler Ebene. Sehen Sie Möglichkeiten für „Bottom-up“-Ansätze unter Einbindung der Zivilgesellschaft?

Ich glaube, eine Sache ist wirklich wichtig: die Menschen müssen überall begreifen, wo die Gefahren und Probleme liegen, nicht nur ganz allgemein und weltweit, sondern auch vor ihrer Haustüre, da sich die Lage von Region zu Region unterscheidet.

Es ist äußerst wichtig, Instrumente zu entwickeln, die es Menschen an jedem Ort ermöglichen, auf eine Karte zu schauen und zu sagen, „ich weiß jetzt, was diese Herausforderung für mich und die Menschen in meiner Umgebung bedeutet“, und dann konsequent ihre Stimme zu erheben, damit alles geplant wird, was im Bereich des Möglichen liegt. Ich arbeite gerade im Auftrag von Generalsekretär Ban Ki moon an einem Netzwerk, dem Sustainable Development Solutions Network der Vereinten Nationen (SDSN). Ich glaube, für die OSZE und das SDSN wird es eine ganz praktische Möglichkeit geben, zusammenzuarbeiten, nach dem Motto: „Mobilisieren wir das Netzwerk der Universitäten in der OSZE, lassen wir sie zusammen mit der Sicherheits-Community und der Außenpolitik-Community der Frage nachgehen, wie lokale und regionale Umweltrisiken abgeschwächt werden können.“

Sehen Sie eine Rolle für uns beim Aufbau von Partnerschaften mit Akteuren jenseits der zwischenstaatlichen Ebene, bei der Einbindung von Industrie und Privatwirtschaft in das Thema Klimasicherheit?

Absolut. Sie wissen, dass Organisieren und Vernetzen sehr zeitaufwändige, schwierige und kostspielige Tätigkeiten sind, das ist ja die Kernaufgabe der OSZE, diese Art von Vernetzung ist daher ein großer Dienst an der Gemeinschaft.

Ein Netzwerk, mit dem ich eng zusammenarbeite, ist der Weltunternehmerrat für nachhaltige Entwicklung, eine weltweit herausragende Vereinigung von Unternehmern, die sich der schwierigen Aufgabe angenommen hat, Unternehmertum und nachhaltige Entwicklung unter einen Hut zu bringen.

Wenn sich die OSZE und der Weltunternehmerrat zusammenschließen und sagen könnten, „seht, wir arbeiten an denselben Orten und jetzt auch an ähnlichen Problemen, aber von etwas unterschiedlichen Standpunkten aus, wie können wir unsere Arbeit gegenseitig verbessern?“ – ich glaube, das würde schon viel bringen.

Verfolgen Sie die Diskussionen auf den Security Days unter www.osce.org/sg/secdays. www.osce.org/sg/secdays.

1. Unter Bezugnahme auf einen 2015 aktualisierten Bericht des Military Advisory Board des Center for Naval Analysis der Vereinigten Staaten.



von Leonid Kalaschnyk und Ursula Froese

Problembewältigung im Dnister-Becken

Die Ukraine und Moldau verbindet nicht nur eine gemeinsame Grenze und eine lange Geschichte freundschaftlicher Beziehungen, sondern auch das Flussgebiet des Dnister, dessen Gewässer für über zehn Millionen Menschen in den beiden Ländern eine lebensnotwendige Ressource darstellen. Der Dnister ist einer der längsten grenzüberschreitenden Flüsse Osteuropas. Er entspringt in den ukrainischen Karpaten und fließt durch die Republik Moldau, bevor er nahe dem Schwarzen Meer wieder ukrainischen Boden erreicht.

Rund sieben Millionen Menschen leben im Einzugsgebiet des Dnister, davon über fünf Millionen in der Ukraine. Der Dnister und seine Nebenflüsse sind das wichtigste Wasserreservoir für die Landwirtschaft, die Industrie und die Ballungsräume in den beiden Ländern, auch für die moldauische Hauptstadt Chişinău. Außerhalb des eigentlichen Einzugsgebiets nutzen weitere 3,5 Millionen Menschen das Wasser des Flusses, unter ihnen die Einwohner der ukrainischen Hafenstadt Odessa.

Die Wasserwirtschaft in einem grenzüberschreitenden Flussgebiet ist nicht immer einfach. Man muss dabei die Probleme und Bedürfnisse des gesamten Beckens, unabhängig vom geografischen Standort und von der Zuständigkeit einzelner Behörden, im Auge behalten. Gleichzeitig müssen die Mechanismen und Vereinbarungen ausgewogen sein, auf das Umfeld eingehen und die örtlichen Traditionen und Verhältnisse berücksichtigen. Vertrauen, politischer

Wille und nationale Eigenverantwortung sind wichtige Faktoren.

Derzeit herrscht dank des Dnister in der Region als Ganzes kein Wassermangel, obwohl in niederschlagsarmen Zeiten und Dürreperioden in manchen Gebieten der Wasserbedarf unter Umständen nur schwer gedeckt werden kann. Doch angesichts der zusätzlichen Belastung der Wasservorräte durch die emporstrebenden Volkswirtschaften in Moldau und der Ukraine und den Klimawandel ist die Zukunft ungewiss. Schon heute leidet der Fluss unter Verschmutzung, schwindender Artenvielfalt, Überschwemmungen und gelegentlich herrscht Uneinigkeit über die Wassernutzung. Der ungelöste Transnistrienkonflikt macht die Sache nicht einfacher.

Laut dem kürzlich beschlossenen Strategischen Rahmen für die Anpassung an den Klimawandel im Einzugsgebiet des Dnister kommt zu der Ungewissheit noch die Tatsache, dass sich eine Verschiebung der Klimazonen aller Wahrscheinlichkeit nach auf die Menge und die jahreszeitliche Verteilung des Durchflusses auswirken und häufigere und stärkere Hochwässer und Dürreperioden samt all den mit Wasserknappheit verbundenen Problemen, wie etwa eine Verschlechterung der Wasserqualität und der Ökosysteme im Einzugsgebiet des Dnister, nach sich ziehen wird. Diese Folgen stellen für Millionen von Menschen, die im Einzugsgebiet leben oder auf andere Weise vom Wasser aus dem Dnister abhängig sind, ein potenzielles Sicherheitsrisiko dar.

Ein ganzheitlicher Ansatz

Zu Zeiten der Sowjetunion wurde das Einzugsgebiet des Dnister als zusammengehörendes System bewirtschaftet, doch nach der Unabhängigkeit betrachteten Moldau und die Ukraine ihren Teil jeweils für sich, bis 1994 ein bilaterales Abkommen über die Nutzung und den Schutz der Wasservorräte im Dnisterbecken unterzeichnet wurde. Das Abkommen bezog sich allerdings nur auf die Wassernutzung in der Grenzregion und nicht auf die biologischen Ressourcen des Flusses oder die Ökosysteme. Mit seiner Umsetzung war im Wesentlichen nur eine kleine Gruppe von Beamten aus dem Bereich der Wasserwirtschaft befasst.

Eine das gesamte Einzugsgebiet des Dnister umfassende Bewirtschaftung begann sich ab 2004 abzuzeichnen. In jenem Jahr ersuchten Moldau und die Ukraine die OSZE und die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) um Vermittlung bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Dnister-Becken. Seither haben die beiden Organisationen im Rahmen der Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) eine ganze Reihe von Projekten in den Bereichen Hochwassermanagement, Schutz der Artenvielfalt einschließlich des Fischbestandes, grenzüberschreitendes Monitoring, Informations- und Datenaustausch und Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt, teilweise mit Unterstützung durch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), das ebenfalls ENVSEC-Mitglied ist. Die Projekte wurden gemeinsam mit dem moldauischen und dem ukrainischen Umweltministerium, Wasserwirtschaftsbehörden und anderen zuständigen Stellen der beiden Länder umgesetzt.

Ein Meilenstein war die Grenzüberschreitende Diagnosestudie über das Dnister-Becken im Herbst 2005. Diese Erhebung der Geografie, der natürlichen Ressourcen, des ökologischen Zustands und der vordringlichen Umweltprobleme des Flussgebiets führte zur Ausarbeitung und Umsetzung eines Aktionsprogramms zur besseren Bewirtschaftung der Wasserressourcen.

Ein besonders wichtiges Ergebnis der entstehenden Zusammenarbeit war die Aushandlung und Unterzeichnung eines bilateralen Vertrags über Zusammenarbeit im Interesse der Bewahrung und nachhaltigen Entwicklung des Einzugsgebiets des Dnister (Dnister-Vertrag) am 29. November 2012 in Rom durch Moldau und die Ukraine. Der Vertrag wurde bereits von Moldau ratifiziert, die Ukraine soll demnächst folgen.

Der Dnister-Vertrag weitet die bestehende Zusammenarbeit auf das gesamte Flussgebiet und alle wichtigen Bereiche aus. Er ist für Moldau und die Ukraine auch ein wichtiges Instrument zur Umsetzung ihrer Verpflichtungen aus dem UNECE-Übereinkommen zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen und ihrer Verpflichtungen im Rahmen einschlägiger Grundsatzdokumente der OSZE. Dazu zählen die Madrider Erklärung zu Umwelt und Sicherheit von 2007, der Beschluss des Ministerrats (MC Beschluss) Nr. 7/07 „Folgemaßnahmen zum Fünfzehnten Wirtschafts- und Umweltforum: Wasserwirtschaft“, MC Beschluss Nr. 9/08 „Folgemaßnahmen zum Sechzehnten Wirtschafts- und Umweltforum über Zusammenarbeit im Bereich der See- und Binnenschifffahrt“ und MC Beschluss Nr. 6/14 „Verbesserung der Katastrophenvorsorge“. Der Vertrag wird auch zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie der EU durch diese beiden Länder beitragen.

Anpassung an den Klimawandel

Die Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegen Klimaveränderungen ist ein wichtiger Teil der OSZE/UNECE-Projekte im Rahmen von ENVSEC. 2010 wurde die Arbeitsgruppe „Hochwassermanagement und Anpassung an den Klimawandel im Einzugsgebiet des Dnister“ gegründet. Sie soll prüfen, wie die Projekte vorankommen, weitere Aktivitäten empfehlen, projektbezogene Maßnahmen beschließen und die Erfolge im Land und international publik machen.

Bemerkenswert ist der breite Teilnehmerkreis der Arbeitsgruppe. Die Mitglieder werden vom moldauischen Umweltministerium, vom ukrainischen Ministerium für Ökologie und natürliche Ressourcen sowie von Wasserwirtschaftsbehörden und den hydro-meteorologischen Diensten der beiden Länder ernannt. Der Gruppe gehören Vertreter von Fachorganisationen, etwa aus den Bereichen Wasserkraft und Katastrophenschutz, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft an. An den Sitzungen nehmen auch Vertreter maßgeblicher regionaler und internationaler Organisationen teil.

Von 2010 bis 2014 beaufsichtigte die Arbeitsgruppe auf Ersuchen der beiden Länder die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen eines großen Projekts zur Reduzierung der Anfälligkeit für Extremhochwasser

Baum um Baum

Im Rahmen eines OSZE/UNECE-Projekts, das die Ufer des Dnister für den Klimawandel stabilisieren soll, wurden beiderseits der moldauisch-ukrainischen Grenze nach und nach 14 000 Jungpflanzen ausgesetzt. Das war nur eine Etappe in den schon seit einem Jahrzehnt laufenden Bemühungen der OSZE um Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Dnister-Becken. Bei diesem Projekt, das vom Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE mit Unterstützung durch den Projektkoordinator in der Ukraine und die OSZE-Mission in Moldau betrieben wird, machen sich Geduld und Ausdauer bezahlt. Eine Erfolgsgeschichte ganz nach Art der OSZE.



und Klimaänderungen, das die detailgenaue Modellierung und Kartierung des Hochwasserrisikos in ausgewählten gefährdeten Bereichen, die Kommunikation im Falle einer Hochwassergefährdung und die Errichtung mehrerer Beobachtungsstationen am Oberlauf des Dnister zum Gegenstand hatte. Eine das gesamte Becken umfassende Analyse des Gefährdungspotenzials, die ebenfalls im Rahmen dieses Projekts durchgeführt wurde, ermöglichte eine regionumfassende Planung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel.

Diese Maßnahmen werden nun im Rahmen des ambitionierten regionenübergreifenden Projekts „Klimawandel und Sicherheit in Osteuropa, Zentralasien und dem Südkaukasus“ umgesetzt. Es handelt sich um ein ENVSEC-Projekt unter Leitung der OSZE, das durch das Stabilitätsinstrument der Europäischen Union und die Austrian Development Agency finanziert wird. Zu den von den Ländern vereinbarten Maßnahmen für das gesamte Flussgebiet gehören die Verbesserung des Daten- und Informationsaustauschs zur Anpassung an den Klimawandel, die Wiederherstellung und Bewahrung von Ökosystemen und, was besonders wichtig ist, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Auswirkungen des Klimawandels. Ein Beispiel ist die Wiederaufforstung, die dazu beiträgt, die Produktivität von Ökosystemen wiederherzustellen, Wassereinzugsgebiete zu schützen und die Wahrscheinlichkeit von Hochwässern zu verringern. In der Nähe des Dorfes Glinoje auf der Insel Turuntschuk im moldauischen Transnistrien sowie am Ufer des Kutschurgan, des Hlyboky Turuntschuk und des unteren Dnister in der Ukraine wurden insgesamt 14 000 Jungpflanzen ausgesetzt.

Dieses Projekt bewirkt nicht nur Maßnahmen, die dem gesamten Flussgebiet zugutekommen; aus ihm ging auch – dank der gemeinsamen Arbeit von Experten von beiden Seiten der Grenze unter Vermittlung der OSZE und der UNECE – der Strategische Rahmen zur Anpassung an den Klimawandel im Einzugsgebiet des Dnister hervor. Derzeit gibt es weltweit nur einige wenige vergleichbare Strategien. Er wurde von Moldau und der Ukraine gebilligt und anlässlich einer Veranstaltung auf hoher Ebene zum Klimawandel und zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Einzugsgebiet des Dnister am 23. April 2015 in Kiew vorgestellt.

Katastrophenvorsorge

Im Rahmen eines weiteren ENVSEC-Projekts, das von der OSZE und UNEP gemeinsam umgesetzt wird, besuchte eine Gruppe, bestehend aus 16 Vertretern von Umweltbehörden und Umweltexperten aus Belarus,

Moldau und der Ukraine, im September 2015 die Schweiz, um sich mit den vorbildlichen Methoden dieses Landes zur Wiederherstellung von Ökosystemen in hochwassergefährdeten Bereichen vertraut zu machen. Diese wertvolle Erfahrung wird dabei helfen, das Potenzial für die Wiederherstellung von Ökosystemen zu erhöhen, um das Hochwasserrisiko in den grenzüberschreitenden Flussgebieten Osteuropas, einschließlich des Dnister-Beckens, zu verringern. Im Rahmen der weiter gefassten Bemühungen der OSZE, sich mit dem Thema Wasser-Governance unter verschiedensten Aspekten auseinanderzusetzen, trägt dieses Projekt auch zur Umsetzung des 2014 vom Ministerrat in Basel verabschiedeten Beschlusses über die Verbesserung der Katastrophenvorsorge bei.

Was geschieht als Nächstes?

Diese Erfolge, die Geduld und Ausdauer zu verdanken sind, müssen gehegt und gepflegt werden. Viel wurde schon erreicht, viel bleibt aber auch noch zu tun, in erster Linie für die unmittelbar Betroffenen – die Ukraine und Moldau. Wenn der Dnister-Vertrag einmal in Kraft ist, muss er auch umgesetzt werden. Das heißt, es muss eine bilaterale Kommission gebildet werden, die sich für die nachhaltige Nutzung und den Schutz des Flussgebiets einsetzt und den Hochwasserschutz vorantreibt. Das bedeutet aber auch, dass die nötigen Mittel beschafft werden müssen, damit die Kommission und ihre Arbeitsgruppen tätig werden können.

Auch den Strategischen Rahmen für die Anpassung an den Klimawandel wird man entsprechend einem Plan, den die OSZE und die UNECE gerade mit den beiden Ländern ausarbeiten, umsetzen müssen. Wenn er einmal zum Tragen kommt, wird die Anpassungsfähigkeit des Dnister-Beckens wesentlich davon profitieren, er wird zur Umsetzung des Dnister-Vertrags, sobald er in Kraft getreten ist, beitragen und die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union und anderer maßgeblicher internationaler Verpflichtungen durch Moldau und die Ukraine erleichtern. Die OSZE unterstützt mit ihrer langfristigen Arbeit im Dnister-Becken weltweite Bestrebungen zur Bewältigung des Klimawandels, zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und zur Reduzierung des Katastrophenrisikos. Sie trägt damit auch zu einer bestandfähigen und sicheren Zukunft von Millionen von Menschen und wertvollen Ökosystemen innerhalb und außerhalb dieser einzigartigen Region bei.

Leonid Kalaschnyk ist Umweltprogrammreferent im Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE. Ursula Froese ist Redakteurin des Magazins „Sicherheitsgemeinschaft“.



Die Ereignisse der letzten Zeit lassen keinen Zweifel daran, dass dringend etwas gegen die verdammenwerten Radikalisierungsprozesse unternommen werden muss, die oft mitten in unserer Gesellschaft vor sich gehen und Menschen anfällig für gewaltbejahendes, extremistisches Gedankengut machen und zu Terroranschlägen verleiten können. Alle Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner – in Nord, Süd, Ost und West – sind davon betroffen. Der Generalsekretär der OSZE und der serbische OSZE-Vorsitz haben die Kampagne „Die OSZE – vereint gegen gewalttätigen Extremismus“ (#UnitedCVE) ins Leben gerufen, um darauf aufmerksam zu machen, dass wir alle uns der Herausforderung stellen müssen, der zerstörerischen Anziehungskraft des gewalttätigen Extremismus durch die Förderung von Toleranz, gegenseitiger Achtung, Pluralismus, Inklusion und Zusammenhalt entgegenzuwirken. Fünf Geschichten aus fünf Ländern berichten davon, was die OSZE und ihre Partner auf Regierungsebene und in der Zivilgesellschaft tun, um Strategien zu entwickeln und die Widerstandskraft der Gesellschaft gegen terroristische Radikalisierung zu stärken.



Was tun?

Rechtzeitig auf Problemgruppen zugehen

Durch Hilfe entwaffnen

Vielfalt akzeptieren

Präventionsstrategien entwickeln

Dialog unterstützen



Rechtzeitig auf Problemgruppen zugehen

Im Gespräch mit Rob Out

Bürgernahe Polizeiarbeit kann viel dazu beitragen, gefährdete Personen vor Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus als Wegbereitern des Terrorismus zu bewahren, auf sich allein gestellt kann sie aber nichts bewirken, sagt Rob Out, ein niederländischer Polizeibeamter und Experte, der als Berater für die OSZE tätig ist. Er wirkte an der Ausarbeitung des Programms „Bürgernahe Polizeiarbeit und Maßnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung und Terrorismus“ (CoPPRa) mit, das in der gesamten Europäischen Union von Polizeikräften eingesetzt wird, um Anzeichen einer gewalttätigen Radikalisierung im Frühstadium zu erkennen. Er ist Mitglied des EU Aufklärungsnetzwerks gegen Radikalisierung (RAN POL) und Experte/Ausbilder im RAN Kompetenzzentrum.

Erzählen Sie uns bitte, wie Ihre bürgernahe Polizeiarbeit Terrorismus verhindern hilft.

Ich bin derzeit Projektleiter für die Bekämpfung von Terrorismus, gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung im staatlichen niederländischen Polizeidezernat für Nordholland. Ich bin dort für zwei Aufgabenbereiche zuständig: erstens die Entwicklung und Umsetzung unseres behördenübergreifenden Konzepts gegen gewalttätige Radikalisierung und zweitens Bewusstseinsarbeit auf der Grundlage des CoPPRa-Programms. Ich war im Rahmen dieses EU Projekts zwei Jahre in Belgien tätig, der Projektleiter war Mitarbeiter der belgischen Föderalen Polizei. Es war ein sehr erfolgreiches Projekt. Wir konzipierten ein umfangreiches

Programm zur Ausbildung der Ausbilder, das über 150 Teilnehmern aus ganz Europa erreichte, und einen Leitfaden im Taschenbuchformat für Einsatzbeamte der Polizei, der ihnen beim frühzeitigen Erkennen von Anzeichen gewalttätiger Radikalisierung helfen soll – so stellen etwa bestimmte Verhaltensweisen, wie ein anderer Name, ein anderer Kleidungsstil oder ein anderer Freundeskreis ein Alarmsignal dar. Beamte, die in der bürgernahen Polizeiarbeit tätig sind, haben ihr Ohr an der Bevölkerung, nehmen also derartige Anzeichen als eine der ersten wahr. Je früher das geschieht, umso besser können wir eine terroristische Radikalisierung verhindern. Das ist meine Hauptaufgabe.

Was bringt Ihrer Erfahrung nach Menschen dazu, sich auf terroristische Handlungen einzulassen?

C'è una vasta gamma di possibili ragioni ed è sempre un insieme di più fattori. Tra questi c'è il fatto che i giovani, durante la loro adolescenza, Es gibt eine Vielzahl möglicher Beweggründe, und es spielen immer mehrere Faktoren zusammen. Ein Faktor ist die Identitäts- und Sinnsuche der heranwachsenden Jugendlichen, die manchmal mit allen schwierigen Problemen ringen, die es in der Welt gibt. Sie wollen es nicht ihren Eltern nachmachen, wollen ihren eigenen Weg gehen. In dieser Lebensphase – zwischen 12 und 20 Jahren – sind sie am anfälligsten. Und wenn jemand eine ganz simple Lösung für all diese Probleme hat, dann kann das sehr verlockend sein. Das könnte einer der Gründe sein, warum junge Menschen für

die Parolen des „Islamischen Staates im Irak und in der Levante“ (ISIL) und ähnlicher Gruppen, aber auch von gewalttätigen rechten und linken Organisationen, so empfänglich sind.

Wenn wir uns die Menschen ansehen, die sich nach Syrien aufmachen wollen, um ISIL oder ihren dort kämpfenden Brüdern beizustehen, müssen wir bedenken, dass es unter ihnen auch Opfer gibt. Natürlich wollen manche wirklich kämpfen und die aus ihrer Sicht Ungläubigen töten. Es gibt aber auch solche, die den Koran kaum kennen und mehr oder weniger dorthin gelockt werden, vor allem junge Frauen. Ich erinnere mich an ein Mädchen, sie war 16 oder 17, das sich in den Kopf gesetzt hatte, ins „Kalifat“ zu ziehen, um den „Kämpfern“ zu helfen, einen „Krieger“ zu heiraten und Kinder zu bekommen. Kurz vor ihrer Abreise nach Syrien konnten wir sie davon abhalten, und als wir ihren Koffer öffneten, fanden wir einen Bikini. Sie hatte also wirklich keine Ahnung, auf was sie sich da eingelassen hätte.

Braucht die Polizei die Zusammenarbeit mit anderen Teilen der Gesellschaft?

Gewalttätige Radikalisierung ist keine reine Polizeiangelegenheit. Wenn Sie als Polizist oder Polizistin erste Anzeichen einer Radikalisierung erkennen, können Sie mitunter wenig dagegen tun. Möglicherweise hat die betreffende Person gegen kein Gesetz verstoßen. Man muss sehr vorsichtig sein und auf die Grundrechte achten. Radikales Gedankengut zu haben ist nun einmal in den Niederlanden nicht verboten. Hätte es in unserer Geschichte kein radikales Gedankengut gegeben, wo wäre dann unser Fortschritt geblieben? Wir müssen da sehr vorsichtig sein. Ein Lehrer beispielsweise, der – im Gegensatz zu uns Polizisten – täglich mit seinen Schülern in Kontakt steht, kann Veränderungen an gefährdeten Jugendlichen unter Umständen besser erkennen und vielleicht auch konstruktiver damit umgehen.

Deshalb verfolgen wir in den Niederlanden einen behördenübergreifenden Ansatz, um einer gewalttätigen Radikalisierung vorzubeugen. Als ich das CoPPRa-Programm in die Niederlande brachte und ins Niederländische übersetzte, adaptierte ich es so, dass es nicht nur von Polizeibeamten, sondern auch von anderen Einsatzkräften verwendet werden kann. Wir werden diese Ausbildung Fachleuten anbieten, die in Gemeinden, Gefängnissen und Schulen im Einsatz

sind. Wir geben ihnen die Informationen, mit deren Hilfe sie den Prozess der gewalttätigen Radikalisierung verstehen, mögliche Anzeichen erkennen und verstehen können, was extremistischen Gruppierungen ungeachtet ihrer ideologischen Ausrichtung gemeinsam ist, und an wen sie sich wenden können, wenn sie solche Anzeichen erkennen.

Fällt den einzelnen Behörden die Zusammenarbeit schwer?

Es ist nicht immer leicht, nicht, weil es am nötigen Willen fehlt, sondern aufgrund der Unterschiede in der Struktur, der „Sprache“, den Zielen und den Aufgabenstellungen. Wenn ich Polizist bin, ist es meine Aufgabe, zu verhindern, dass jemand in Zukunft einen Terroranschlag begeht, bin ich aber Lehrer, dann ist es mein Ziel, die Menschen zum Schulabschluss zu bringen. Wenn ich mit psychisch Kranken zu tun habe, will ich die Krankheit heilen. Wir haben nicht alle dieselbe Ausgangsposition. Und nicht immer haben die Beteiligten in ihrer Organisation die nötigen Befugnisse, um Initiativen umzusetzen.

Einer der wichtigsten Aspekte ist der Informationsaustausch. Die Polizei kann ihre Informationen nicht mit jedermann teilen, und im psychomedizinischen Bereich können nicht alle Informationen über Patienten weitergegeben werden. In den Niederlanden haben wir eine Informationsstelle, eine Sicherheitsstelle, eingerichtet, wo wir aufgrund einer von den einzelnen Behörden unterzeichneten schriftlichen rechtswirksamen Vereinbarung die Möglichkeit haben, von Fall zu Fall Informationen über bedenkliche Personen auszutauschen.

Die „Matrix“ ist ein in den Niederlanden entwickeltes Instrument, das einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt und Fachleuten im operativen Bereich den Umgang mit diesen Schwierigkeiten erleichtert. Näheres zu dieser bewährten Methode findet sich im OSZE-Leitfaden Preventing Terrorism and Countering Violent Extremism and Radicalization that Lead to Terrorism: A Community-Policing Approach.

Welche Rolle spielen soziale Medien bei der terroristischen Radikalisierung und ihrer Verhinderung?

Im RAN haben wir neun Arbeitsgruppen, eine von ihnen ist die RAN-Arbeitsgruppe Kommunikation und Narrative. Fachleute aus verschiedenen EU Staaten (Regierungen und NGOs) tun ihr Bestes – auch gemeinsam mit Vertretern von Google und YouTube –, um zu verhindern, dass Botschaften terroristischer Gruppierungen ins Internet gestellt werden. Die Polizei in den Niederlanden und in vielen anderen Ländern macht das auch. Sobald sie auf eine Website oder einen Twitter-Account stoßen, die von Al Qaida oder ISIL beeinflusstes Gedankengut verbreiten, versuchen sie, diese

aus dem Netz zu nehmen. Aber ein neuer Account ist normalerweise schnell eröffnet, was die Sache etwas erschwert. Doch ich glaube, wir sind einigermaßen erfolgreich. Mein Eindruck ist, dass in den letzten Monaten die Eintragungen auf diesen Accounts weniger wurden. Ausländische terroristische Kämpfer in Syrien nutzen Twitter-Accounts, um ihre Freunde zu Hause zum Kommen aufzufordern. Aber sie wissen, dass die Behörden ihre Twitter-Feeds mitlesen und dass ihnen bei der Rückkehr die Verhaftung droht. Ich glaube also, dass sie von diesen Strategien seit einigen Monaten weniger Gebrauch machen als noch vor einem Jahr. Es spielt sich jetzt mehr im Untergrund und in geschlossenen Gruppen ab, zu denen man eingeladen werden muss, wie etwa WhatsApp-Gruppen.

Eine weitere Aktivität, die wir auf europäischer und globaler Ebene betreiben, ist die Verbreitung von Gegennarrativen. Auf YouTube finden Sie einige Videos, in denen wir erklären, warum man sich ISIL nicht anschließen sollte und warum die Mitglieder von ISIL den Koran für ihre Zwecke uminterpretieren und missbrauchen.

In Estland und Finnland haben in bürgernaher Polizeiarbeit tätige Polizisten eine Facebook-Seite, auf der sie junge Menschen zum Thema gewalttätige Radikalisierung und Terrorismus informieren. Ihre niederländischen Kollegen haben einen eigenen Twitter-Account, um mit ihren Bevölkerungsgruppen in beide Richtungen zu kommunizieren.

Was kann man tun, wenn jemand schon radikalisiert wurde und gewaltbereit ist?

Wenn die Radikalisierung schon sehr weit fortgeschritten ist, ist es fast unmöglich, das rückgängig zu machen. In ganz Europa hat man die Erfahrung gemacht, dass Deradikalisierung vielleicht ein zu hochgestecktes Ziel ist. Wir sprechen jetzt eher von Disengagement, was bedeutet, dass die Menschen von ihrem extremistischen Gedankengut nicht abrücken, aber nicht (mehr) Gewalt anwenden wollen, um ihre Ideen durchzusetzen. Kontakt aufzunehmen und mit den Menschen zu sprechen – mehr können wir hier kaum erreichen. Wir versuchen, mit Leuten ins Gespräch zu kommen, aber nicht, indem wir sie ansprechen und sagen, „wir haben gehört, Sie haben radikale Gedanken, setzen wir uns zusammen und sprechen wir darüber“. Wir versuchen, einen anderen Anknüpfungspunkt zu finden. Vielleicht hat die Person soziale Probleme, vielleicht ist sie psychisch krank, hat Depressionen, ein Trauma oder eine Impulskontrollstörung. Jemandem hier Hilfe anzubieten, könnte schon genügen. Hier macht sich die behördenübergreifende Zusammenarbeit bezahlt: an ihr sind



alle beteiligt, die dem Betreffenden helfen können – Lehrer, Sozialarbeiter, Bewährungshelfer. Wir überlegen uns, wer am besten zu dem Betreffenden Kontakt herstellen kann um herauszufinden, wie man am besten an ihn herankommt und ihm helfen kann. Eine bewährte Methode ist hier der Einsatz von Mentoren, die eigens dafür ausgesucht und ausgebildet wurden. Im dänischen Aarhus aber auch in Amsterdam ist man damit erfolgreich. Weitere gute Beispiele sind das EXIT-Programm in Deutschland, das ursprünglich für die Deradikalisierung von Rechtsextremisten gedacht



Foto: OogopDelfshaven.nl / Hans van Rhoon

war, mittlerweile aber auch für andere Formen des gewalttätigen Extremismus adaptiert wurde, und die Wiener Initiative Sisters Against Violent Extremism (SAVE), bei der Frauen – insbesondere Mütter – ihren Einfluss nutzen, um Jugendliche vor einer terroristischen Radikalisierung zu bewahren.

Wir können nicht jeden erreichen. Wenn die Radikalisierung zu weit fortgeschritten ist, hat jemand möglicherweise schon gesetzeswidrige Handlungen begangen. Diese Fälle treten wir an die Strafverfolgungsbehörden ab, sie überwachen, nehmen Ermittlungen auf oder ergreifen andere Maßnahmen. Das ist dann nicht mehr meine Aufgabe, die in der Präventivarbeit liegt.

Weiterführende Informationen

Informationen zum OSZE-Leitfaden „Preventing Terrorism and Countering Violent Extremism and Radicalization that Lead to Terrorism: A Community-Policing Approach“ finden Sie unter: www.osce.org/secretariat/116516

EXIT-Deutschland: www.exit-deutschland.de/english/

SAVE – Sisters Against Violent Extremism: www.women-without-borders.org/save/

Aufklärungsnetzwerk gegen Radikalisierung (RAN): http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/index_en.htm

Kontakt Rob Out: mail.robout@gmail.com



Durch Hilfe entwaffnen

Par Mimoun Berrissoun

„180° Wende“ ist ein Pilotprojekt im deutschen Köln zur Verhütung von gewalttätiger Radikalisierung und zur Deradikalisierung. Die Initiative hilft seit Anfang 2013 jungen Menschen in Köln, in ihrem Leben eine Wende zu schaffen.

Die Öffentlichkeit wird auf radikalisierte, gewaltbereite junge Menschen üblicherweise erst durch Berichte über ihre Abreise in den Kampf nach Syrien oder in den Irak oder durch Drohvideos, die tagelang im Internet kursieren, aufmerksam. Dann ist die Aufregung groß und die Biografien dieser Frauen und Männer werden nach Hinweisen auf mögliche Ursachen durchforstet. Im Gegenzug zeigen diese Menschen oft mit dem Finger auf die Gesellschaft. Das ist wohl nicht zu rechtfertigen, wir müssen aber zugeben, dass wir als Gesellschaft für das Fehlverhalten einzelner ihrer Mitglieder Mitverantwortung tragen. Die Erfahrungen, die wir in unserer Arbeit bei „180° Wende“ gemacht haben, bestätigen das.

Wenn Lehrer auf extremistische Ansichten ihrer Schüler, selbst wenn sie in einem zwang-losen Gespräch geäußert werden, sofort mit einer Ausschlussdrohung reagieren – eine Drohung, die in vielen Fällen in die Tat umgesetzt wird –, dann hat die Gesellschaft bereits versagt. Auch wenn der Umgang mit dem Phänomen der gewalttätigen Radikalisierung auf institutioneller Ebene schwierig sein mag, ist ein Schulverweis die schlechteste Option. Er wirkt sich nachhaltig auf die Berufsaussichten aus, schürt den Radikalisierungsprozess und kann junge Sympathisanten in die Arme gewalttätiger extremistischer Gruppierungen treiben. Eine

wichtige Erkenntnis der Extremismusforschung ist, dass junge Menschen, die durch Beruf, Familie oder Freunde soziale Anerkennung und Wertschätzung erfahren, für extremistisches Gedankengut und gewaltbejahende Ideologien viel weniger anfällig sind.

Wir müssen Radikalisierungsprozesse und ihre Ursachen besser verstehen. Das kann und darf nicht heißen, dass wir ihre Ideologie schönreden. Es versetzt uns aber in die Lage, uns mit dem Phänomen besser auseinanderzusetzen. Unsere jahrelange Erfahrung an der Basis hat uns gelehrt, dass diese Arbeit Einfühlungsvermögen und Fingerspitzengefühl verlangt. Sie muss glaubwürdig und auf Augenhöhe sein.

Die folgende Geschichte eines jungen Mannes, den unser Netzwerk von der Straße holte, zeigt auf, welche Rolle wir als Mitglieder der Gesellschaft spielen können, um einem Menschen zu helfen, aber auch, um ihm Grenzen zu setzen. Der junge Mann ist Anfang zwanzig, Sohn einer alleinerziehenden Mutter. Zur Wahrung der Anonymität wollen wir ihn Mustafa nennen. Ein Coach von „180° Wende“ traf ihn zufällig in der U Bahn und fragte, wie es ihm gehe. Sie kannten einander nur flüchtig, doch da sich der Coach für die jungen Menschen in seinem Viertel verantwortlich fühlte und als Streetworker tätig war, erkundigte er sich nach dem Ergehen des jungen Mannes. Mustafa war frustriert und vollkommen entmutigt. Im Gespräch nahm er immer wieder auf das Narrativ „Kampf der Kulturen“ Bezug: „Sie wollen uns einfach keine Arbeit geben! Sie wollen nicht, dass wir es schaffen!“

Wir luden ihn in unser Zentrum ein. Als er seinen Lebenslauf niederschrieb, wurde klar, was schiefgelaufen war. Der junge Mann hatte eine

Wir müssen Radikalisierungsprozesse und ihre Ursachen besser verstehen. Das kann und darf nicht heißen, dass wir ihre Ideologie schönreden. Es versetzt uns aber in die Lage, uns mit dem Phänomen besser auseinanderzusetzen. Unsere jahrelange Erfahrung an der Basis hat uns gelehrt, dass diese Arbeit Einfühlungsvermögen und Fingerspitzengefühl verlangt. Sie muss glaubwürdig und auf Augenhöhe sein.

zweijährige Odyssee hinter sich: Nachdem er sich unzählige Male um einen Arbeitsplatz beworben und drei Praktika absolviert hatte, für die er jedes Mal durch eine Beschäftigungszusage „geködert“ worden war, versuchte er sein Glück bei der Marine. Fern von Familie und Freunden, war er ständigen Schikanen durch seine Kameraden ausgesetzt. Mehrmals fand er seinen Gebetsteppich, den er von seiner Mutter bekommen hatte und der für ihn mehr symbolische als religiöse Bedeutung hatte, im Abfalleimer. Ständig musste er sich Beleidigungen anhören, wurde als „Kameltreiber“ und „Terrorist“ beschimpft. Nach langem Überlegen entschloss er sich, den Dienst zu quittieren. Leider wusste er damals noch nichts von der Möglichkeit einer Disziplinarbeschwerde und der Existenz von Antimobbing-Stellen in öffentlichen Institutionen und hatte keine Erfahrung damit, wie man sich gegen Diskriminierung zur Wehr setzt.

Auf der Heimreise kam der nächste Schlag. In einer Bahnstation wurde er von Polizisten kontrolliert. Sie fanden, dass das Klappmesser in seiner Tasche nicht ordentlich geschlossen war. Das trug ihm eine hohe Geldstrafe ein. Schließlich kam er nach Hause – zu einer unglücklichen und deprimierten Mutter. Seine eigene Frustration und die viele Freizeit, die er nun hatte, ließen ihn bei Sympathisanten von gewalttätigem Extremismus andocken. Der erste Schritt auf dem Weg zu gewalttätiger Radikalisierung war getan.

Als „180° Wende“ in der U Bahn auf Mustafa stieß, war es noch nicht zu spät, um ihm zu helfen, in der Gesellschaft Halt zu finden. Alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt. Er wurde in Beratungsgruppen eingeladen und lernte andere junge Menschen mit ähnlichen Problemen kennen. So erkannte er, dass er

nicht allein war. Ältere Coaches halfen ihm im Zuge der Beratungsgespräche. Die Berufserfahrung, die er im Laufe der Jahre gesammelt hatte, wurde aus dem Berg von Papieren herausgefiltert und in einen herzeigbaren und ausführlichen Lebenslauf verpackt, mit dem er sich um einen Arbeitsplatz bewerben konnte. Auf seine Bitte hin half ihm die Initiative „180° Wende“ bei der Überwindung bürokratischer Hindernisse und konnte ihm mittels ihrer institutionellen Kontakte den Weg zum Abitur und gleichzeitig zum Abschluss einer technischen Ausbildung ermöglichen. Seine Vorstellungen und Vorurteile wurden mit ihm besprochen.

Heute sieht Mustafa nicht mehr schwarz. Er hat neuen Mut gefasst und nimmt sich neben seiner Ausbildung noch Zeit, um anderen jungen Menschen im Netzwerk zu helfen. Dieser junge Mann hat die Kehrtwende zum Positiven geschafft. Im August ging er voller Elan in das neue Schuljahr. „180° Wende“ wird ihm auch weiterhin einen Ort bieten, wo er Kummer und Sorgen abladen kann.

In diesem Fall hatten wir als Gesellschaft wieder einmal Glück. Geschichten, wie jene von Mustafa, gibt es jedoch in großer Zahl. In den letzten drei Jahren konnten wir 900 jungen Menschen helfen, Familien beraten und Schulen Unterstützung bieten. Aber es gibt noch viel zu tun. Auch „180° Wende“ muss weiter wachsen und dazu beitragen, dass es in der Gesellschaft eine Wende zu aktiver Wahrnehmung und Hilfsbereitschaft gibt. Wir selbst machen die Gesellschaft, in der wir leben. Wir können nicht einfach passiv bleiben. Wir müssen aktiv die Werte verteidigen, für die wir eintreten. Wir dürfen die jungen Menschen nicht sich selbst überlassen. Deshalb braucht man uns jetzt dringender als je zuvor.

Mimoun Berrissoun ist Leiter der Initiative 180° Wende.

Die Initiative 180° Wende hat für ihren innovativen Ansatz mehrere Preise bekommen, zuletzt im Juni 2015, als sie in die Bundesauswahl des unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel stehenden „startsocial“-Wettbewerbs kam. Sie ist Mitglied des EU Aufklärungsnetzwerks gegen Radikalisierung (RAN). Mehr dazu siehe unter www.180gradwende.de

akzeptieren Vielfalt

Die Mission in Bosnien und Herzegowina

Sport-, Kultur- und Kunstveranstaltungen in 17 Städten waren Teil einer einmonatigen Kampagne der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, die am 16. November, dem Internationalen Tag der Toleranz, zu Ende ging. Mit ihrer Crowdsourcing-Plattform Super Citizens, ihrem monatlichen Hate Monitor und 19 örtlichen „Koalitionen gegen Hass“ koordiniert die Mission ein ausgedehntes Netzwerk von Initiativen gegen Hassverbrechen in Bosnien und Herzegowina. Diese Aktivitäten bieten gleichzeitig der Regierung Rückhalt für ihre neue Antiterrorstrategie, bei der Prävention im Vordergrund steht. Sladjana Milunović, nationale Programmreferentin bei der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, erklärt, wie das funktioniert.

Auf welche Weise beugt Hassbekämpfung gewalttätiger Radikalisierung vor?

Viele der Menschen, die aus Hass Straftaten begehen, sind noch sehr jung. Sie wurden großteils nach dem Krieg in Jugoslawien geboren, doch scheint das Erbe dieses Konflikts ihre Wertvorstellungen und Überzeugungen geprägt zu haben. Leider sprechen gewalttätige extremistische Gruppierungen die Bedürfnisse dieser jungen Menschen an, sie geben ihnen erst das Gefühl, zu einer Gruppe zu gehören, und instrumentalisieren sie dann für hasserfüllte Taten. Die Mission unterstützt Bürger bei ihren Bemühungen, dem Hass Einhalt zu gebieten. Über das Netzwerk der „Koalitionen gegen Hass“, das sie 2013 ins Leben gerufen hat, ermutigt sie zur Entwicklung positiver Narrative. Dieses Netzwerk umfasst inzwischen 19 Koalitionen, denen über 120 verschiedene Bürgerorganisationen angehören. Sie alle verfolgen ein und dasselbe Ziel – ein positives Beispiel für die Achtung der Vielfalt zu geben und jungen Menschen zu zeigen, dass es an ihnen liegt, eine neue und bessere Welt zu erschaffen.

Wie funktionieren die „Koalitionen gegen Hass“ und was ist ihre Aufgabe?

Teilweise ist die Tätigkeit der „Koalitionen gegen Hass“ präventiver Natur. So veranstalten ihre Mitglieder beispielsweise Workshops zur Förderung der Achtung der Vielfalt und zur Entwicklung gemeinsamer Narrative auf der Basis gemeinsamer Werte. Sie organisieren gemeinsame sportliche Aktivitäten, literarische Veranstaltungen und Kunstwettbewerbe. Ein anderer Teil der Aktivitäten ist reaktiver Natur. Man darf nicht schweigen, wenn es in einer Gemeinschaft zu vorurteilsbedingten Übergriffen kommt. Um in einer Situation beruhigend einzuwirken und zu verhindern, dass sich Spannungen aufbauen, geben die Koalitionen öffentliche Erklärungen ab, in denen sie die Vorkommnisse verurteilen. Wenn sie radikalisierte Gruppen oder Personen wahrnehmen, versuchen Mitglieder der Koalitionen auch, Alternativen zu Hass aufzuzeigen. Da gab es zum Beispiel eine Stadt, in der eine Gruppe radikaler Anhänger des örtlichen Fußballklubs aggressive Graffiti gegen eine Volksgruppe sprühte und Gräber und Friedhöfe schändete. Die örtliche „Koalition gegen Hass“ wandte sich an den Fußballklub und veranlasste ihn dazu, sich in einer öffentlichen Erklärung von solchen Aktionen und von den Tätern zu distanzieren. Daraufhin veranstalteten die Koalition und der Fußballklub ein Fußballspiel, das unter dem Motto „Toleranz“ stand, bei dem Botschaften gegen den Hass verkündet wurden.

Genauso wichtig ist es, dafür zu sorgen, dass sich junge Menschen nicht aus ihrer Gemeinschaft und aus dem Kreis der Gleichaltrigen ausgeschlossen fühlen. In derselben Stadt machte sich die Koalition ein anderes Projekt zunutze, bei dem es um die Instandsetzung eines Kinderspielplatzes ging, um damit die radikalisierte Gruppe einzubinden. Sie bemühte sich – trotz einiger Gegenstimmen –, die Gruppe für die Arbeiten heranzuziehen, um den Jugendlichen bewusst zu machen, dass sie Teil der Gesellschaft sind und in ihrer Gemeinschaft einen positiven Beitrag leisten können. Es ist wichtig, positive Alternativen zu bieten und junge Menschen nicht weiter in die Isolation und die gewalttätige Radikalisierung zu treiben.

Nutzen Sie soziale Medien, um positive Botschaften zu verbreiten?

Alle „Koalitionen gegen Hass“ nutzen soziale Medien, etwa die Plattform Super Citizens, Twitter und Facebook. Beim Social Media Camp der OSZE vom 22. bis 24. Juli 2015 hatte die Mission Gelegenheit, mit rund 20 jungen Menschen zu arbeiten, die mithilfe sozialer Medien den Hass-Narrativen vermehrt Alternativen entgegensetzen möchten. Wir sprachen mit ihnen über gewalttätige Radikalisierung und Extremismus und konnten uns nicht recht vorstellen, wie sie auf diese Themen reagieren würden. Doch sie verstanden das Problem und die Gefahr, die vorurteilsbedingte Übergriffe und Hasskriminalität für eine Gemeinschaft darstellen, besonders wenn sie mit der Ausgrenzung von jungen Menschen einhergehen, die dann leichte Beute für radikale Gruppen werden. Wenn junge Menschen Sorgen haben und mit niemandem darüber sprechen können, sind sie anfälliger dafür, im Internet auf gänzlich ungeeignete und gefährliche Informationen hereinzufallen.

Ist Bosnien und Herzegowina in Bezug auf die Gefahr einer gewalttätigen Radikalisierung ein Sonderfall?

Ich würde nicht sagen, dass gewalttätige Radikalisierung typisch für Bosnien und Herzegowina wäre. In ganz Europa und weltweit sind gewalttätiger Extremismus, hassbedingte Übergriffe und Hasskriminalität im Zunehmen. Was Bosnien und Herzegowina zu einem Sonderfall macht, ist der Umgang mit dem Hass, besonders auf lokaler Ebene, und das Wissen der Menschen um die Gefahr, die Hass und gewalttätige Radikalisierung für die Stabilität des Landes bedeuten. Das beruht natürlich zu einem großen Teil auf den Erfahrungen aus dem jugoslawischen Krieg, aber auch auf der langen Tradition gut nachbarlichen Zusammenlebens in den Gemeinschaften. Nicht einmal der verheerende Krieg konnte unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt gänzlich demontieren. Ich halte die „Koalitionen gegen Hass“ für ein ganz besonderes und nützliches Instrument im Kampf gegen Hass und meine, es sollte in ganz Südosteuropa kopiert werden.

Weiterführende Literatur:

„Dem Hass neue Methoden entgegensetzen“ von Will Richard, Sicherheitsgemeinschaft, Ausgabe 3, 2014.

„Bosnia and Herzegovina: Life Beyond Politics – Tolerance Upfront“ von Zlatan Musić. osce.org/bih/195641

P

räventionsstrategien

OSZE-Mission im Kosovo entwickeln

Der Kosovo ist keine Insel der Seligen, was die Risikofaktoren für gewalttätigen Extremismus betrifft. In den 1990er Jahren machten seine Bewohner eine harte Zeit durch. Sie erlebten einen bewaffneten Konflikt, der Hass und Intoleranz schürte. Geografisch gesehen liegt der Kosovo an einer Route des Menschen- und Drogenhandels Richtung Europa, über die ihn auch der aus Zentralasien und dem Nahen Osten kommende Terrorismus erreichen könnte. In religiöser Hinsicht bekennen sich viele Kosovoalbaner zum Islam, was neben anderen Faktoren für eine gewalttätige Radikalisierung im aktuellen Zusammenhang mit dem Nahen Osten ausgenutzt werden könnte. Und sozioökonomisch gesehen lebt laut Weltbank rund ein Drittel der Einwohner des Kosovo unterhalb der Armutsgrenze und ungefähr ein Achtel in äußerster Armut – was ebenfalls die Anwerbung durch Terroristen begünstigt.

Naim Hoxha ist Berater in der Abteilung Organisierte Kriminalität der OSZE-Mission im Kosovo, seit sie im Jahr 2009 begann, die Regierung im Kampf gegen gewalttätigen Extremismus zu unterstützen. Er berichtet über die jüngsten Entwicklungen.

Welche Gruppen sind heute besonders gefährdet?

Besonders gefährdet sind Jugendliche aus ärmlichen sozioökonomischen Verhältnissen in halbstädtischen oder ländlichen Gebieten. Es kommt aber auch vor, dass gebildete Jugendliche an gewaltsamen extremistischen Aktionen beteiligt sind. Ein wichtiger Risikofaktor ist die soziale Isolation junger Menschen, aus der sie von Personen oder Gruppen außerhalb ihres familiären Umfelds „abgeholt“ und zu gewalttätigem Extremismus verleitet werden.

Auch ungelöste Probleme und widersprüchliche Vorstellungen über die Zukunft des Kosovo können zu einer verstärkten gewalttätigen Radikalisierung beitragen, sowohl auf Seiten der Kosovoalbaner als auch der Kosovoserben.

Gewalttätige Radikalisierung ist derzeit ein örtlich begrenztes Phänomen, das eine überschaubare Zahl von Personen betrifft. Die größte Gefahr droht von Gruppierungen, die dem sogenannten Islamischen Staat im Irak und in der Levante (ISIL) nahestehen oder von dessen Gedankengut beeinflusst sind. Gewalttätige extremistische Handlungen derzeitiger oder ehemaliger Bewohner des Kosovo werden überwiegend außerhalb des Kosovo verübt. Laut Statistiken zentraler Institutionen in Prishtina/Priština kämpfen zurzeit rund 250 bis 300 Personen aus dem Kosovo in Syrien oder im Irak. Die meisten von ihnen sollen sich 2013 der Bewegung angeschlossen haben.

Was unternimmt die Regierung gegen terroristische Radikalisierung?

Im September wurden im Kosovo eine Strategie und ein Aktionsplan gegen gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, für die Jahre 2015 bis 2020 verabschiedet. Dieser Beschluss markiert den Übergang von einem reaktiven zu einem eher präventiven Ansatz.

Die Gruppe, die den Entwurf ausarbeitete, umfasste einen breiten Kreis von Teilnehmern

aus Ministerien, religiösen, politischen und internationalen Institutionen und Medien. Das Büro des Ministerpräsidenten, das wir schon früher auf kooperative Weise unterstützt hatten, lud zwei Vertreter der OSZE-Mission im Kosovo zur Mitarbeit am Konsultations- und Ausarbeitungsprozess ein.

Welchen Beitrag leistete die OSZE-Mission im Kosovo?

Die OSZE entsandte Experten in alle Sitzungen der mit der Ausarbeitung des Entwurfs befassten Gruppe, der sie in beratender Funktion zur Seite stand. Ende April organisierten wir außerdem einen zweitägigen Runden Tisch in Prishtina/Priština, der den beteiligten Beamten den Zugang zu einer Vielzahl möglicher Partner eröffnete: Geschäftsleuten, nationalen, internationalen und lokalen Institutionen, der Zivilgesellschaft, Wissenschaftlern, örtlichen Gesundheitsdienstleistern, Lehrern und Medien.

Ein zweiter Runder Tisch fand in Form einer Klausur vom 8. bis 11. August im albanischen Tirana statt. Bei dieser Gelegenheit arbeiteten wir den ersten Entwurf der Strategie und des Aktionsplans aus. Ein dritter Workshop wurde in Prishtina/Priština abgehalten.

Nun, da die Strategie verabschiedet ist, bereitet sich die Mission darauf vor, die Behörden bei der Umsetzung zu unterstützen.

Die Mission im Kosovo half den Behörden auch auf andere Weise bei der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus, nachdem die Kosovo-Polizei 2009 eine erste Gefahrenanalyse vorgenommen hatte. Die Mission bot rund fünfhundert Personen eine Spezialausbildung an und veranstaltete lokale und regionale Seminare, in erster Linie für Beamte der Kosovo-Polizei, aber auch für Staatsanwälte, Richter und Mitarbeiter der Finanzpolizei, des Zolls und verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen. Sie arbeitet eng mit der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen des Wiener OSZE-Sekretariats zusammen.

Dialo g unterstützen

Jede Gesellschaft hat ihre Schwachstellen, die sie anfällig für gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, (violent extremism and radicalization that lead to terrorism – VERLT) macht. In Tadschikistan stellt etwa die Arbeitsmigration einen besonderen Risikofaktor für Familien dar. Hunderttausende tadschikische Männer arbeiten im Ausland. Wenn sie in eine Notlage geraten, werden sie leicht zur Zielscheibe von Anwerbeversuchen durch Terroristen. Die Mütter bleiben zu Hause zurück, alleingelassen mit der Erziehung der Kinder, was wiederum das Gefahrenpotenzial für die Jugend erhöht.

Wirksame Gegenmaßnahmen müssen im Frühstadium ergriffen werden, bevor sich die schädliche Ideologie in den Köpfen der Menschen festsetzt oder die Opfer in Konfliktgebiete gelockt werden.

„Eine Mutter wandte sich aus Sorge um ihren Sohn an uns. Ihm wurden 1 000 Euro versprochen, mit dem Auftrag, ein Ticket zu kaufen und in die Türkei zu fliegen. Zu diesem Zeitpunkt war das Spiel schon fast verloren und möglicherweise bereits ein Fall für die Justiz. Die Menschen müssen frühzeitig angesprochen und darin unterwiesen werden, wie sie Warnzeichen erkennen können“, sagt Sebniso Scharifsoda, eine nationale Programmreferentin im OSZE-Büro in Tadschikistan.

Gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit, Beschäftigung und Migration macht das OSZE Büro in Tadschikistan Familien wie diese auf die VERLT-Problematik aufmerksam. Ab November 2014 erhielten rund zweihundert potenzielle Ausbilder, Regierungsbeamte und Vertreter der Zivilgesellschaft eine Ausbildung zum Thema VERLT. Nach ihrer Rückkehr in ihre Gemeinden hielten diese Personen dann gemeinsam mit Freiwilligen und unterstützt durch OSZE-Mitarbeiter und nationale Experten eintägige Schulungen ab, die sich vor allem an Mütter richteten.

Bisher wurden mehr als 2 500 Personen aus dem ganzen Land in über 50 derartigen Kursen geschult. Dank der internationalen NGO Save the Children, die im Süden des Landes über ein ausgedehntes Frauennetzwerk verfügt und zugesagt hat, mit der OSZE bei der Durchführung des Projekts zusammenarbeiten, sollte sich diese Zahl noch verdreifachen.

Gewalttätiger Extremismus ist eine sehr sensible Frage, über die man in den ländlichen Gemeinden, in denen die Kurse abgehalten wurden, normalerweise nicht öffentlich diskutiert. In der Gegenwart von Männern, insbesondere Regierungsvertretern, darüber zu sprechen, ist für viele Frauen neu. Zu Beginn sind sie daher noch sehr zurückhaltend, aber langsam beginnen sie auf Fragen wie „Sind Sie

mit Ihrem Familienmitglied im Ausland in Kontakt?“ oder „Glauben Sie, dass es in Ihrer Gemeinschaft Anzeichen für eine Radikalisierung gibt?“ zu antworten, und dann kommt eine Diskussion in Gang. Sie erkennen erste Anzeichen, etwa ein plötzliches unsoziales Verhalten, ein Interesse an bestimmten Websites, zunehmend frauenfeindliche Ansichten. Die Ausbilder informieren über terroristische Gruppierungen und gewalttätigen Extremismus und über Beeinflussungstaktiken und helfen den Teilnehmern damit, ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie sie potenziellen Anwerbeversuchen widerstehen können.

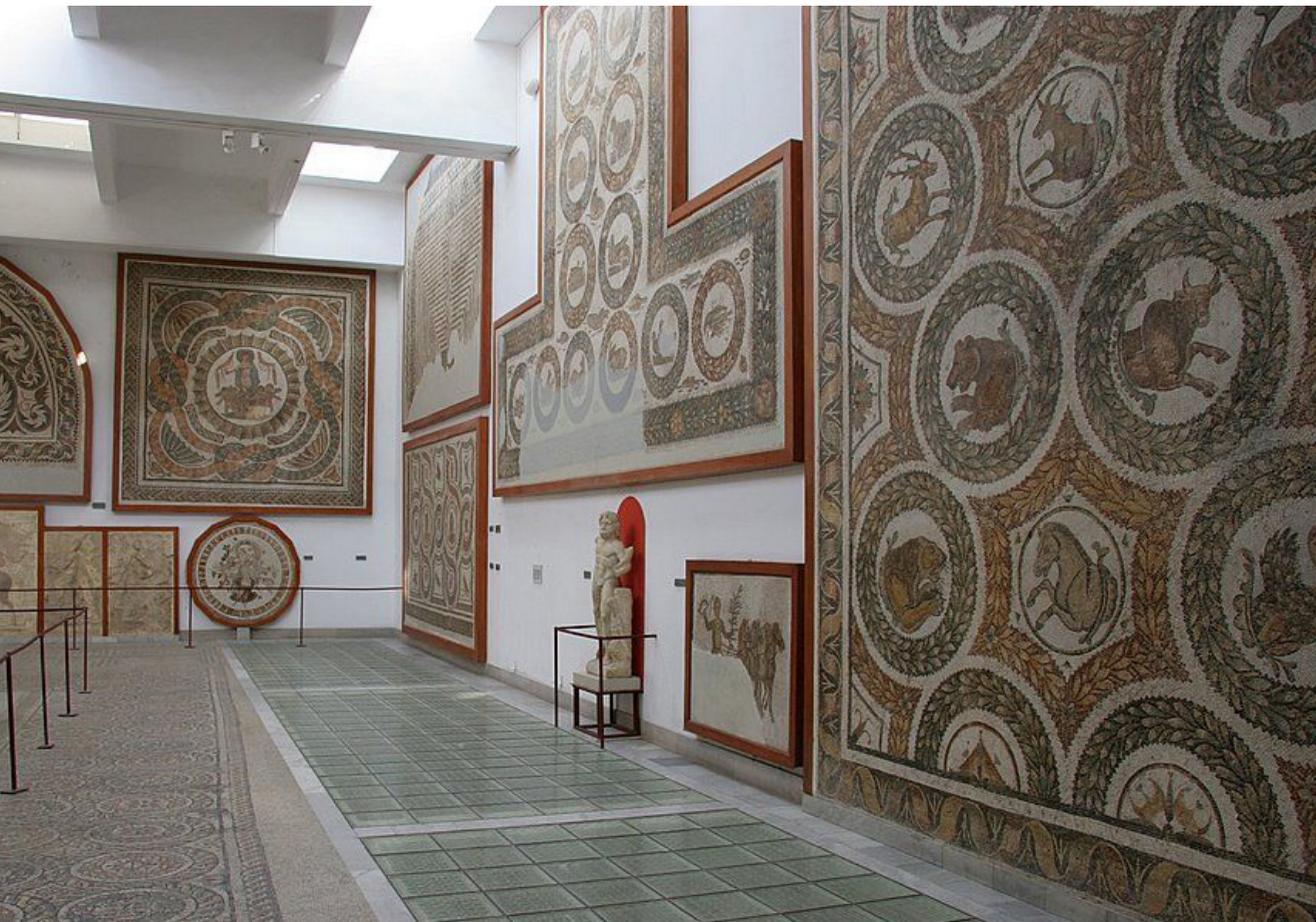
Gründe für eine terroristische Radikalisierung gibt es in Tadschikistan zur Genüge. Das OSZE-Büro in Tadschikistan und die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen des OSZE-Sekretariats veranstalteten im Februar dieses Jahres für alle zentralasiatischen Teilnehmerstaaten die erste Arbeitstagung für Experten zum Thema ausländische terroristische Kämpfer. Dabei wurden sensible Themen angesprochen, wie etwa die Frage nach der geschätzten Anzahl ausländischer terroristischer Kämpfer.

Parallel zum Projekt „Eltern gegen Terrorismus“ führte das OSZE-Büro Anfang des Jahres in Zusammenarbeit mit der Regierung eine Feldstudie über Radikalisierungstendenzen in Tadschikistan durch. Daraus ergab sich eindeutig die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen, und einige Empfehlungen wurden von der Regierung bereits aufgegriffen. So erhalten etwa seit September Schüler der Sekundarschulstufen 10 und 11 Unterricht in Religionsgeschichte.

Der Zuspruch, den „Eltern gegen Terrorismus“ erhält, ist ermutigend. Eine Frau aus dem Süden des Landes meldete sich zum Beispiel freiwillig als Ausbilderin, weil sie ihren Sohn durch den Konflikt in Syrien verloren hatte. „Bleibt in Kontakt mit euren Angehörigen“, sagte sie. „Viele werden radikalisiert, während sie im Ausland sind, passt also auf, dass ihr nicht den Kontakt verliert.“

Ein Akt der Solidarität in Tunis

Als symbolischen Akt der Solidarität mit den Opfern des blutigen Terroranschlags auf das Nationalmuseum von Bardo in Tunis im März letzten Jahres wählte die französische Académie Goncourt dieses kulturelle Wahrzeichen Tunesiens dafür aus, um dort die Namen der vier Finalisten des diesjährigen Prix Goncourt, Frankreichs ältesten und renommiertesten Literaturpreis, zu verkünden. Das Bardo-Museum beherbergt eine der weltweit größten und reichsten Sammlungen römischer Mosaiken und anderer bedeutender Altertümer aus dem antiken Griechenland, Tunesien und der islamischen Epoche. Einer der Finalisten war der französisch-tunesische Autor Hédi Kaddour, der für seinen Roman *Les Prépondérants* nominiert worden war. Darin lässt er die Welt der nichtarabischen, nichtjüdischen herrschenden Klasse im Maghreb der 1920er-Jahre wiedererstehen, deren – schon am Titel erkennbares – Vormachtdenken sie blind machte für mögliche künftige Veränderungen. Alle vier Finalisten befassen sich in ihren Werken mit den europäisch-arabischen Beziehungen. Der Prix Goncourt 2015 ging schließlich an den arabisch und persisch sprechenden Orientalisten Mathias Énard für seinen Roman *Boussole*.



Den Kinderschuhentwachsen – die Partnerschaft zwischen der OSZE und Asien

Die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und Asien begann 1992 mit der Teilnahme Japans am KSZE-Gipfel in Helsinki. Darauf folgte 1994 in Budapest die Republik Korea, in jenem Jahr, als die KSZE zur OSZE wurde. Die Einführung des Begriffs „Kooperationspartner“ 1995 festigte die Beziehung zu den beiden asiatischen Staaten und ebnete den Weg für weitere, die noch folgen sollten: Thailand im Jahr 2000, Afghanistan 2003, die Mongolei 2004 (seit 2012 ist die Mongolei Teilnehmerstaat) und schließlich Australien 2009.

Zwei weitere Meilensteine waren die Einrichtung der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner in Asien 2003 – nach wie vor das wichtigste Forum für einen regelmäßigen informellen Dialog – und des Partnerschaftsfonds der OSZE 2007, durch den praktische Kooperationsaktivitäten unterstützt werden. Die Beziehung hat die Form eines für beide Seiten gewinnbringenden Austauschs, wobei die Partner in Asien wesentlich zum Dialog innerhalb der OSZE beitragen und die OSZE-Aktivitäten auch finanziell unterstützen, unter anderem durch großzügige Beiträge einiger Länder zur Einrichtung der Sonderbeobachtermission in der Ukraine.

Anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Partnerschaft zwischen der OSZE und Asien gab die Abteilung Externe Zusammenarbeit des OSZE-Sekretariats mit großzügiger finanzieller Unterstützung durch die Ständige Vertretung der Schweiz bei der OSZE, die 2015 in der Asien-Kontaktgruppe den Vorsitz führte, eine Broschüre heraus, in der die enge und ergiebige Zusammenarbeit gewürdigt wird. Sie enthält eine nützliche Zusammenstellung aller maßgeblichen offiziellen Dokumente, einen Überblick über die laufenden Aktivitäten und themenbezogene Kapitel wie etwa jenes über das besondere Engagement für Afghanistan. Die Broschüre ist in Druckform und über die öffentliche OSZE-Website www.osce.org

Aktuelle OSZE Publikationen

The OSCE Asian Partnership for Co-operation: Reflections and Perspectives. Herausgeber: Externe Beziehungen, OSZE-Sekretariat (Englisch)

Report: Human Rights Situation of Detainees at Guantánamo. Herausgeber: OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Englisch)

The Death Penalty in the OSCE Area: Background Paper 2015. Herausgeber: OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Englisch/Russisch)

Handbook for Monitoring Administrative Justice. Herausgeber: OSZE-Präsenz in Albanien und OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Englisch/Russisch/Albanisch)

Counteraction to Counterfeit and Contraband Pesticides: Methodology. Herausgeber: OSZE-Sekretariat (Englisch/Russisch)

The World in the Armenian Media: Means and Sources. Herausgeber: OSZE-Büro in Eriwan (Englisch/Armenisch)

Handbook on Combating Trafficking in Human Beings: Central Asia. Herausgeber: OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Englisch/Russisch)

Combating Impunity for Conflict-Related Sexual Violence in Bosnia and Herzegovina: Progress and Challenges (2004-2014). Herausgeber: OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina (Englisch/Bosnisch)

Secretary General's Annual Evaluation Report on the Implementation of the 2004 OSCE Action Plan for the Promotion of Gender Equality- 2014. Herausgeber: OSZE-Sekretariat (Englisch)

Report on Economic and Environmental Activities: 2013-2014. Herausgeber: OSZE-Sekretariat (Englisch/Russisch)

